

einblick

Gewerkschaftlicher Info-Service — April 2021

Warum eine stärkere **Tarifbindung** so wichtig ist – und was der DGB fordert

Gute Arbeits- und Einkommensbedingungen gibt es nur mit guten Tarifverträgen. Das hat auch die Corona-Krise noch einmal gezeigt. Für den DGB ist deshalb eine stärkere Tarifbindung eines der zentralen Themen im Wahljahr 2021. Tarifbindung stärken heißt: Es müssen wieder deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter den Schutz von Tarifverträgen fallen.

» DIE SITUATION ◀

Tarifverträge regeln deutlich mehr als Lohn und Gehalt: Sie bieten den Beschäftigten etwa bei Urlaub und Arbeitszeit deutlich bessere als die gesetzlichen Regelungen und können auch bei Altersversorgung, Zahlung von Zulagen und Zuschlägen, bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall oder bei den Details zur Einführung von Kurzarbeit wichtige Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen.

Gerade Letzteres hatte auch in der Corona-Krise einen erheblichen Effekt: Beschäftigte mit Tarifvertrag sind in der Regel deutlich besser durch die Krise gekommen. So wurde laut Hans-Böckler-Stiftung bei Beschäftigten mit Tarifvertrag das Kurzarbeitergeld mehr als doppelt so häufig aufgestockt wie bei Beschäftigten, für die kein Tarifvertrag gilt. Tarifverträge sorgen also für gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit. Aber: Die Tarifbindung, also der Anteil der Beschäftigten, für die die Regelungen eines Tarifvertrags gelten, geht zurück. Ein wesentlicher Grund: Viele Arbeitgeber kommen ihrer Verantwortung nicht mehr nach, mit den Gewerkschaften ordentliche Tarifverträge auszuhandeln.

» DAS MUSS SICH ÄNDERN ◀

Der DGB fordert deshalb im Bundestagswahljahr verschiedene Maßnahmen, um die Tarifbindung wieder zu stärken. Ein wesentlicher Ansatzpunkt: Die Aufträge, die die öffentliche Hand – also Bund, Länder und Kommunen – vergeben. In etlichen Branchen machen diese öffentlichen Aufträge einen erheblichen Anteil der Gesamtaufträge aus. Doch während es in vielen Bundesländern Tarifregelungen gibt, ist das im Bund noch nicht der Fall. Der DGB fordert deshalb ein Bundestarifreugesetz – öffentliche Aufträge und Fördergelder sollen nur noch an Unternehmen gehen, die auch Tarif zahlen.

Außerdem fordert der DGB eine leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung geltender Tar-



Tarifbindung war auch ein Thema im DGB-Zukunftsdialog

rifverträge. Wenn ein Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird, müssen sich aller Arbeitgeber einer Branche daran halten – ganz gleich, ob sie den Tarifvertrag mit abgeschlossen haben. Weitere Maßnahmen, die für mehr Tarifbindung sorgen würden: tarifvertraglich vereinbarte Zusatzleistungen könnten durch Steuerbefreiung privilegiert werden, die verbindliche Fortgeltung von Tarifverträgen in ausgegliederten Unternehmenseinheiten und die Abschaffung von sogenannten „Ohne-Tarif“-Mitgliedschaften (OT-Mitgliedschaften) in Arbeitgeberverbänden, mit denen die Tarifflicht von Arbeitgebern gefördert wird. Alle DGB-Forderungen zur Tarifbindung:

www.dgb.de/tarifbindung

» WAS SAGEN DIE PARTEIEN? ◀

Noch sind die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl nicht final beschlossen. Von SPD, Linken und Grünen liegen aber bereits umfassende Entwürfe vor. Alle drei Wahlprogramme thematisieren das Thema Tarifbindung ausdrücklich. Alle drei Parteien haben dabei Forderungen des DGB aufgegriffen: Die SPD will unter anderem ein Bundestarifreugesetz, eine leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) und OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden „zurückdrängen“.

Auch die Grünen fordern eine leichtere AVE und ein Bundestarifreugesetz. „Tarifverträge müssen wieder allgemeinverbindlich werden“, heißt es auch im Programmentwurf von DIE LINKE. Die Vergabe öffentlicher Aufträge will DIE LINKE neben Tarifreue auch an das Kriterium „ökologisches Wirtschaften“ binden.

CDU/CSU und FDP haben noch keine Programmentwürfe vorgelegt. Der CDU-Vorsitzende Armin Laschet hat aber Ende März die Beteiligungskampagne zum Regierungsprogramm zur CDU zur Bundestagswahl 2021 gestartet. An elf digitalen „Thementischen“ soll über die Inhalte des CDU-Programms diskutiert werden.

AUF EINEN BLICK

Unter www.dgb.de/tarifbindung gibt's ab sofort:

- alle DGB-Forderungen zur Stärkung der Tarifbindung im Wahljahr 2021
- Positionspapier des DGB zur Stärkung der Tarifbindung
- alle Faktenblätter zum Thema Tarifbindung aus dem DGB-Zukunftsdialog
- eine Übersicht zum Thema Tarifbindung an den Wahlprogrammen der Parteien